

Die Grenztruppen kommen

Harald Neuber 19.05.2006

Am Übergang zu Mexiko sollen nach Plänen der US-Regierung 6000 Soldaten stationiert werden. Washington reagiert damit auch auf die Konsequenzen des Freihandels

Unbenannte Aufklärungsdrohnen, Hochsicherheitszäune, Infrarotkameras und Bewegungsmelder: Die US-Regierung will an der Grenze zu Mexiko massiv aufrüsten (☒ Milliarden für die virtuelle Mauer). Mit einer entsprechenden ☒ Ankündigung wagte Präsident George W. Bush in seiner letzten Rede an die Nation eine Gratwanderung: Ein halbes Jahr vor den Kongresswahlen muss er auf der einen Seite die wichtige Wählerschicht der Hispanics bei Laune halten. Andererseits fordert die meist weiße Oberschicht in den Südstaaten ein rigideres Vorgehen gegen die illegalen Einwanderer. Innenpolitisch will Bush mit seinem Grenzplan die Wogen glätten. Doch auf der internationalen Ebene droht ihm Ärger.

Unmittelbar vor der Ansprache hatte Mexikos Präsident Vicente Fox mit Bush bereits ein erstes Krisengespräch geführt. Rund 15 Minuten, so ☒ **berichtete** eine Sprecherin des Weißen Hauses später, hätten sich die beiden Staatschefs beraten. Fox, ehemaliger Coca-Cola-Manager und eigentlich ein verlässlicher Fürsprecher der US-Interessen in der Region, fand dabei deutliche Worte, indem er unter anderem vor einer "Militarisierung" der Grenze warnte.

Denn nicht nur Bush, sondern auch der Konservative Fox steht innenpolitisch unter Druck: Am zweiten Juli findet in dem mittelamerikanischen Land die Präsidentschaftswahl statt. Den letzten Umfragen zufolge liegt die sozialdemokratische Oppositionspartei ☒ **PRD** mit ihrem Kandidaten ☒ **Andrés Manuel López Obrador** deutlich vor dem Anwärter der regierenden christlich-konservativen ☒ **PAN**. Dass ein Sieg des gemäßigten Linken López Obrador auch den Wirtschaftsinteressen der USA zuwiderlaufen könnte, ist den Planern in Washington bewusst. Daher wohl versicherte Bush seinem Amtskollegen öffentlich, "dass die Vereinigten Staaten Mexiko als Freund betrachten".

Die Botschaft kam im Land selbst nicht an. Trotz der Beschwichtigungsversuche aus dem Norden verabschiedete das Abgeordnetenhaus in Mexiko-Stadt eine Resolution, in der die "Militarisierung" verurteilt wird. Auch die beiden führenden Präsidentschaftskandidaten - neben López Obrador bewirbt sich ☒ **Felipe Calderón** von der PAN - setzten auf die traditionell US-kritische Haltung der Mexikaner und sprachen sich gegen die Truppenstationierung auf der US-amerikanischen Seite der gemeinsamen Grenze aus. Kritische Kommentare kamen überdies aus anderen mittelamerikanischen Staaten wie Guatemala, Nicaragua und El Salvador.

Etwa 450.000 illegale Grenzübertritte pro Jahr

Es war die erste Rede zur Nation, in der sich der amtierende US-Präsident einem innenpolitischen Thema widmete: Den Folgen der zunehmenden illegalen Migration aus Zentral- und Südamerika in die USA. Schätzungsweise 450.000 Menschen überschreiten den gut 3100 Kilometer langen Grenzstreifen pro Jahr, die Zahl der "Illegalen" in den Vereinigten Staaten wird auf inzwischen zwölf Millionen geschätzt. Nun gestand US-Präsident Bush erstmals die offensichtlichen Probleme an der Grenze ein.

Wir haben nicht mehr die volle Kontrolle über die Grenze, aber ich bin entschlossen, das zu ändern.

George W. Bush

Seinen Ankündigungen zufolge werden ab Anfang Juni 6.000 Nationalgardisten an die Grenze verlegt werden, um die dort bereits stationierten 12.000 Grenzschützer "logistisch zu unterstützen". In einer zweiten Phase sollen - parallel zur technischen Aufrüstung der Grenzanlagen - die 6.000 Soldaten bis Ende 2008 durch die gleiche Zahl Grenzschützer wieder ersetzt werden. Die Kosten des Plans belaufen sich nach ersten Schätzungen auf insgesamt 1,9 Milliarden US-Dollar.

Migrationsexperten fällen ein vernichtendes Urteil. Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Rechte von Flüchtlingen, der Mexikaner Jorge A. Bustamante, **reagierte** prompt auf die Ankündigung des US-Präsidenten: Das ist eine schwerwiegende Entscheidung. Im Völkerrecht wird ein solcher Schritt gemeinhin als kriegsvorbereitende Maßnahme interpretiert.

Es sei daher bedauerlich, wenn die amtierende mexikanische Regierung die US-Initiative "auf die leichte Schulter" nehme. Dass die Aufrüstung die Migrationsströme kaum aufhalten wird, meint Miguel Ángel Lugo, der an der Panamerikanischen Universität von Mexiko Politik und Völkerrecht lehrt. "Aber aus den Maßnahmen erwächst ein nicht unbeträchtliches Risiko für die Menschenrechtssituation", gab er zu bedenken.

Der Versuch, es allen Recht zu machen

Tatsächlich hatte das Thema der Migration die innenpolitischen Debatten der vergangenen Wochen in den USA in einem zunehmenden Maße bestimmt (**Ein schlafender Riese bewegt sich**). Auslöser war ein Gesetz, das vom US-Repräsentantenhaus im Dezember auf Initiative des rechten Flügels der Republikanischen Partei verabschiedet worden war. Darin war nicht nur eine rigidere Grenzsicherung, sondern auch ein schärferes juristisches Vorgehen gegen illegale Einwanderer gefordert worden.

Migrantenorganisationen hatten daraufhin zum Protest gegen die Hardliner aufgerufen und am 1. Mai Millionen Menschen mobilisiert - neben Immigranten auch viele US-Bürger (**Ein Tag ohne Immigranten**). Spätestens seit diesem Millionenmarsch steht das Thema auf der innenpolitischen Agenda Washingtons.

Parallel zu der Rede Bushs hat der Senat nun die Debatten um ein Folgegesetz aufgenommen. Darin ist - der Position des Präsidenten ähnlich - neben einer effektiveren Grenzsicherung auch die Möglichkeit der Eingliederung illegaler Einwanderer vorgesehen. Präsident Bush wurde in seiner Rede zwar nicht müde, eine Generalamnestie für die schätzungsweise zwölf Millionen "Illegalen" auszuschließen. Wenn sie aber mehrere Jahre gearbeitet hätten, die Gesetze respektierten, eine Strafe und nachträglich Steuern entrichteten, würde er eine Einbürgerung befürworten, so Bush.

Migrationsexperten fordern "überfällige Debatte"

Derweil läuft in den USA eine rege Diskussion um eine Lösung des Immigrantenproblems. Dass die Proteste Anfang des Monats nur ein erster Schritt waren, meint Oscar A. Chacón von der Nichtregierungsorganisation **Enlaces América** mit Sitz in Chicago.

► Die Proteste richteten sich im Kern gegen die geplante Gesetzgebung, weil damit alle Männer, Frauen und Kinder ohne Aufenthaltserlaubnis zu Kriminellen gemacht worden wären. Auch Menschen, die ihnen humanitäre Hilfe gewähren, würden sich demnach strafbar machen.

Oscar A. Chacón von Enlaces América

Chacón hofft wie auch andere Vertreter sozialer Organisationen auf eine Fortführung der "längst überfälligen Debatte" über die Ursachen der mittel- und südamerikanischen Migration in die USA. Zwar gebe es für die illegalen Einwanderer nicht nur wirtschaftliche Beweggründe, meint der Experte, "'aber die Globalisierungspolitik der USA stellt einen wichtigen Faktor dar". So habe das 1994 in Kraft getretene Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA zu einem rapiden Anstieg der Einwanderung aus Mexiko geführt. Lebten im Jahr 1990 noch rund zwei Millionen Mexikaner ohne Aufenthaltsgenehmigung in den USA, waren es im Jahr 2005 bereits 6,2 Millionen.

Freihandel befördert die Flucht nach Norden

Tatsächlich sind mit der abrupten Öffnung der Handelsgrenzen vor zwölf Jahren in Mexiko Hunderttausende landwirtschaftliche Arbeitsplätze verloren gegangen. Zu groß waren die Unterschiede zwischen der oft traditionellen (Subsistenz-)Wirtschaft in Mexiko und der hoch technologisierten Agrarindustrie in den USA. So wurden bereits vor einigen Jahren in den Vereinigten Staaten auf einem Hektar Land durchschnittlich sieben Tonnen Mais produziert, in Mexiko waren es auf der gleichen Fläche nur knapp zwei Tonnen. In den USA wurden in eine Tonne Mais 1,2 Arbeitsstunden verwendet, in Mexiko waren es 17,8 Arbeitstage.

Nach der Öffnung der Handelsgrenzen brach der nationale Kornmarkt in dem mittelamerikanischen Land zusammen, Millionen Arbeitsplätze gingen verloren. Nach der Logik des Freihandels waren die Importe aus den USA schlichtweg rentabler. Soweit funktionierte das System. Der versprochene allgemeine wirtschaftliche Aufschwung und die ihm folgenden Impulse für den Arbeitsmarkt aber bleiben aus.

Auf der anderen Seite überschwemmten US-Unternehmen den mexikanischen Markt. Der Journalist Klaus Ehringfeld  wies unlängst darauf hin, dass die Supermarktkette Superama - ein Ableger des Wal-Mart-Konzerns - in dem mittelamerikanischen Land insgesamt 796 Filialen errichtet hat:

Auf der Avenida Insurgentes, der längsten Nord-Süd-Verbindung der Stadt, reihen sich die Ableger von US-Firmen wie Perlen an einer Schnur: Filialen der Fast-Food-Ketten und Kaffees wie Burger King, Subway, Dunkin Donuts, Domino's Pizza und McDonalds wechseln sich mit Blockbuster-Videotheken, Woolworth-Kaufhäusern, Office-Depot-Bürobedarfsgeschäften, Home-Depot Baumärkten und den mexikanischen Ablegern der Citibank ab. Nach Angaben der US-mexikanischen Handelskammer (Amcham) stellen US-Unternehmen in ganz Mexiko 43 Prozent der formalen Arbeitsplätze bereit.

Zwölf Jahre nach Beitritt zum NAFTA hat sich das mexikanische Wirtschaftsgefüge massiv verändert. Die einstige Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln ist zusammengebrochen, statt dessen hat sich das mittelamerikanische Land zum Importeur von Agrarprodukten und zum Zulieferer für die US-Industrie entwickelt. Die so genannten Maquiladoras, einfachere verarbeitende Betriebe, sind eine der wenigen boomenden Branchen.

Millionen Menschen ohne berufliche Perspektive aber versuchen, in den Norden zu kommen. In diesem Jahr werden die "remesas" - Devisenüberweisungen aus den USA an Familienangehörige in Mexiko - die Rekordsumme von 24 Milliarden US-Dollar erreichen. Ehringfeld weist daraufhin, dass der mexikanische Staat die gleiche Summe aus Erdölgeschäften einnimmt. Zu erwarten ist eine weitere Zuspitzung der Situation. Im vergangenen Sommer hat der US-Kongress ein Freihandelsabkommen mit Zentralamerika abgesegnet. Mexiko könnte bald also mehr als bisher nicht nur ein Auswanderungs-, sondern zudem ein Transitland werden.